

Ökologie & EUROPA

1. HJ.
2025

ödp

Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei



Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen

Seite 4

**Tierschutz:
Hunde & Katzen in der EU-Gesetzgebung**

Seite 9

Pestizideinsatz regulieren

Seite 12

Ernährung und Prävention

Seite 16

Ökologia 2025 Auszeichnung

Seite 18

Europäische Hochschulallianzen

Seite 19

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Ich freue mich sehr, Euch die erste Ausgabe der „Ökologie&Europa“ der neuen Legislaturperiode zu präsentieren. In der vergangenen Mandatsperiode habe ich Euch mit dieser Publikation in regelmäßigen Abständen über meine Arbeit als ÖDP-Europaabgeordnete informiert. Diese Tradition möchte ich nun weiterführen, um Euch auf analogem Wege darüber auf dem Laufenden zu halten, was mich als Mitglied des Europäischen Parlaments gerade beschäftigt und welche wichtigen Aufgaben vor uns liegen. Da ich weiß, dass nicht alle ÖDP-Mitglieder ihre Informationen ausschließlich aus dem Internet beziehen wollen, ist mir eine haptische Ausgabe auf Papier der „Ökologie&Europa“ sehr wichtig.

Auch in meiner neuen Fraktion bleiben meine Schwerpunkte der Natur- und Umweltschutz, Tierschutz, Klimaschutz, Verbraucherschutz sowie Bildung. Auf diesen Politikfeldern möchte ich – in enger Abstimmung mit den verschiedensten Ebenen der „ÖDP – die Naturschutzpartei“ – meinen Beitrag leisten. Ich bin im Europaparlament Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung und in der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern des Mercosur. Außerdem bin ich stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit, im Ausschuss für öffentliche Gesundheit, im Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter sowie in der Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU.

Diese Ausgabe dreht sich – unter anderem – um diese Themen: Im März wurde mir die große Ehre zuteil, von der „Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.“

als neue „Ökologia“ ausgezeichnet zu werden. Ich sehe dies als Bestätigung meiner bisherigen Arbeit als ÖDP-Europaabgeordnete, aber auch als Ansporn, auf dem bisher eingeschlagenen Weg weiterzumachen. Die Feierstunde fand im Parlament in Straßburg statt – in Anwesenheit der bisherigen Preisträgerin Stefanie Seiler, Oberbürgermeisterin von Speyer, sowie dem Stiftungsgründer und stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Joachim Ritter.

Anfang März habe ich im EU-Parlament eine Veranstaltung zum Thema Pestizide mitorganisiert. Dabei hat sich einmal mehr gezeigt: Eine Landwirtschaft ohne synthetische Pestizide ist nicht nur notwendig, sondern auch machbar – gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern.

Einen großen Erfolg konnten wir Anfang April erzielen, als der Umweltausschuss des EU-Parlaments meinen Bericht zum „Wohlergehen von Hunden und Katzen“ mit großer Mehrheit angenommen hat. Zum ersten Mal überhaupt hat das Parlament für einheitliche Schutzstandards für Hunde und Katzen gestimmt! Jetzt geht es darum, die Vorschläge im Agrarausschuss und im Plenum zu verteidigen.

Kontakt Manuela Ripa:

-  www.manuela-ripa.eu
-  Facebook: @ripamanuela
-  Instagram: @manuela.ripa
-  Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
-  Mastodon: @manuelaripa
-  LinkedIn: manuela-ripa-726437343
-  Youtube: @ManuelaRipa_MdEP

Als Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung des EU-Parlaments setze ich mich sehr für das Thema „Europäische Hochschulallianzen“ ein. Diese Allianzen sind ein Leuchtturmprojekt der Europäischen Universitätsinitiative, die 65 Universitäten mit mehr als 570 höheren Bildungsinstitutionen aus ganz Europa bündelt. Eines meiner weiteren Schwerpunktthemen im Kulturausschuss stellt auch die Frage des Umganges mit Sozialen Medien und künstlicher Intelligenz dar.

Im Februar habe ich mit Kolleginnen und Kollegen im Parlament das Event „Ernährung als Prävention“ veranstaltet. Der Weltkrebstag war der richtige Zeitpunkt, auf die wichtige Rolle der Ernährung bei der Prävention von Krankheiten aufmerksam zu machen. Außerdem habe ich im März gemeinsam mit der finnischen Abgeordnetenkollegin Sirpa Pietikäinen die Veranstaltung „Charting the Path to Sustainable Economic Development“ („Den Weg zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung ebnen“) organisiert. In einer spannenden Diskussion zeigten Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auf, wie nachhaltiges Wirtschaften im Einklang mit den planetaren Grenzen funktionieren kann. Die hochkarätig besetzte Konferenz war eine Weiterführung der Postwachstumskonferenz von 2023. Mehr zu all diesen Themen erfahrt Ihr auf den folgenden Seiten.

Alle meine Veröffentlichungen sowie regelmäßige Informationen zu meiner Arbeit findet Ihr auch auf meiner Website und auf meinen Social-Media-Kanälen. Schaut gerne vorbei! Zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich mich immer sehr über den Besuch von ÖDP-



Manuela Ripa (ÖDP, li.) und Sandrine Dixson-Declève (Club of Rome) auf der Veranstaltung Beyond Growth

Kreisverbänden in Brüssel oder Straßburg freue. Nähere Informationen zu den Formalitäten eines Besuchs erhaltet Ihr ebenfalls in diesem Heft.

Eure

Manuela Ripa

Manuela Ripa



Die Aufzeichnung der gesamten Konferenz ist unter folgendem Link oder QR-Code abrufbar:

<https://www.globe-eu.org/globe-eu-conference-charting-the-path-to-sustainable-economic-development/>

Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen

Ewiges Wachstum auf einem begrenzten Planeten? Eine Absurdität!

Wachstum gilt in unserer Gesellschaft als unverzichtbar. Politiker und Wirtschaftsvertreter beschwören es als Lösung für fast alle Probleme: Mehr Arbeitsplätze, steigender Wohlstand, bessere Lebensqualität. Doch was bedeutet Wachstum eigentlich, und kann es wirklich unbegrenzt weitergehen? Im März veranstaltete die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa gemeinsam mit ihrer Fraktionskollegin Sirpa Pietikäinen aus Finnland die Konferenz „Den Weg weisen zu nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung“ im Europäischen Parlament in Brüssel. Ziel der Veranstaltung war es, Wege für eine zukunftsfähige und gerechte Wirtschaftsentwicklung innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten aufzuzeigen. In Panel 1 wurde eine gemein-

same Definition von „Sustainable Prosperity“ und planetaren Grenzen erarbeitet, um eine gemeinsame Grundlage für die weiteren Diskussionen zu schaffen.

Panel 2 widmete sich der Frage, wie nachhaltige Initiativen finanziert werden können und welche Rolle institutionelle Investoren bei der Förderung ökologischer und sozialer Projekte spielen. Im abschließenden Panel 3 wurden neue wirtschaftliche Modelle diskutiert, die soziale, ökologische und humane Ziele über kurzfristiges Wachstum stellen. Die Konferenz war als Nachfolgekonferenz zur Postwachstumskonferenz „Beyond Growth“ vom Mai 2023 gedacht und zielte darauf ab, die dort angestoßenen Debatten konkret weiterzuführen. Die großen Highlights des Events waren zweifellos die inspirierende Keynote des britischen Wirtschaftswissenschaftlers und Professors an der University of Surrey, Tim Jackson, in der er auch auf sein neues Buch „Post Growth – Life after Capitalism“ einging, sowie der spannende Beitrag von Xiaoting Hou-Jones von Doughnut Econo-

mics Action Lab (DEAL) zur Einführung in das Konzept der Doughnut Economics. Besonders beeindruckend war zudem die Teilnahme von Sandrine Dixon-Declève und Anders Wijkman – als ehemalige Präsidentin bzw. Co-Präsident des Club of Rome, einer Organisation, die seit Jahrzehnten eine Schlüsselrolle dabei spielt, systemisches Denken, ökologische Grenzen und langfristige Verantwortung in wirtschaftspolitische Diskurse einzubringen. Insgesamt wurde auf der Konferenz das Dogma des stetigen Wachstums hinterfragt.

Stetiges Wachstum bedeutet rein formal nicht unbedingt, dass die Qualität des Lebens und der Wohlstand steigen, sondern dass das Bruttoinlandsprodukt je Person inflationsbereinigt immer weiter ansteigt. Beispielsweise um 3 % pro Jahr.

Durch das exponentielle Wachstum auf einem begrenzten Planeten würde dies bedeuten, dass jeder Mensch alle 30 Jahre doppelt so viel konsumiert und doppelt so viele Dienstleistungen in Anspruch nimmt. Der Planet wächst aber nicht mit und auch nicht die Zeit, die uns innerhalb dieser Berechnungsgrundlage pro Jahr zur Verfügung steht. In armen Ländern bedeutet wirtschaftliches Wachstum eine Verbesserung der Lebensbedingungen, aber in Industrienationen wäre eine Verdopplung des Ressourcenverbrauchs alle 30 Jahre katastrophal.

Warum Wachstum ein gutes Gefühl in uns auslöst

Unsere Elterngeneration erlebte oft Zeiten des Mangels. Der wirtschaftliche Aufschwung nach Kriegen oder Krisen wurde zu Recht als positiv empfunden, denn er bedeutete für viele Menschen mehr soziale Sicherheit, bessere Versorgung und einen steigenden Lebensstandard. Wachstum war

lange Zeit zu Recht ein Synonym für ein besseres Leben. Doch heute ist zumindest in der Mittel- und Oberschicht nicht mehr die materielle Armut ein Problem, sondern die Übernutzung unserer natürlichen Ressourcen. Auch wenn wir mit immer weiter steigenden Mieten, Altersarmut und sozialer Ungerechtigkeit zu kämpfen haben, steigt der Ressourcenverbrauch gesellschaftlich immer weiter an. Dass immer weiteres Wachstum solche Probleme und Ungerechtigkeiten reduzieren würde, ist nicht garantiert, solange der Staat nicht sozialpolitisch darauf hinarbeitet. Dennoch bleibt die Vorstellung von Wachstum als etwas Positivem tief in unserer Gesellschaft verwurzelt. Der Mensch strebt nach persönlicher Entwicklung, nach Verbesserung seiner Lebensumstände – ein Wunsch, der nicht notwendigerweise mit materiellem Wachstum verbunden sein muss.

Ein gutes Leben kann auch durch ein als gerecht empfundenenes Gemeinwesen, soziale Stabilität, mehr Freizeit mit Familie und Freunden und ein intaktes soziales Umfeld erreicht werden. Und auch das materielle Wohlempfinden ist nicht an einen dauernden Mehrverbrauch von Gütern gekoppelt. Manchmal ist sogar das Gegenteil der Fall.



Grenzenloser Konsum auf einem begrenzten Planeten hat keine Zukunft

Braucht es neue Wohlstands-Maßstäbe?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für Fortschritt und Lebensqualität ist in Teilen völlig ungeeignet. Die Europäische Kommission hat dies bereits selbst erkannt und eine alternative Bemessungsgrundlage herausgearbeitet und darin folgende Faktoren beleuchtet:

Reform des Maßstabs für echten Wohlstand

- 🔦 **Wohlstand** Lebensqualität, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Zufriedenheit, Einkommen
- 🔦 **Soziale und wirtschaftliche Ressourcen für die Zukunft**
Investitionen in Bildung, Humankapital, wirtschaftliche Stabilität
- 🔦 **Gesellschaftliche Resilienz**
Digitalisierung, geopolitische Stabilität, demografischer Wandel
- 🔦 **Natur** - Umweltschutz, Klimawandel, nachhaltige Ressourcennutzung, Emissionen, Kreislaufwirtschaft
- 🔦 **Inklusivität** Soziale Gerechtigkeit, Einkommensverteilung, regionale Disparitäten
- 🔦 **Institutionelle Qualität**
Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle, politische Stabilität
- 🔦 **Internationaler Spillover-Index**
Messen der externen Auswirkungen von EU-Aktivitäten auf Länder (CO2-Emissionen in Importen, soziale Auswirkungen internationaler Lieferketten)



Kommissions-Papier

Warum das bisherige BIP ungeeignet ist

Anbei einige Beispiele, warum das reine Steigern des BIPs nicht unbedingt ein Gewinn für die Lebensqualität darstellen muss. Ein Elternpaar, welches in Teilzeit geht, seine 3 Kinder liebevoll aufzieht und daneben die Großeltern versorgt, ist rein rechnerisch schlecht für das Bruttoinlandsprodukt, obwohl es der Gemeinschaft einen unschätzbaren Dienst erweist. Sogar rein monetär gesehen entlastet das Paar den Steuerzahler. Doch das BIP ist in diesem Beispiel durch ihr Verhalten gesunken. Rein rechnerisch steigert Kriminalität hin-

gegen das Bruttoinlandsprodukt, obwohl die Lebensqualität sinkt. Der Kauf von Sicherheitstechnik, Sicherheitsdienstleistungen, Versicherungen, Justizarbeit und Gefängnisse erhöhen das BIP.

Minimalismus als Megatrend

Dass gerade der ausgewählte, bewusste und maßvolle Konsum rund um das Thema Minimalismus in Mode gekommen ist, ist für unsere Ziele als ÖDP ein großes Geschenk. Junge moderne Frauen und Män-

ner berichten im Internet darüber, wie ein maßvollerer Konsum und der Fokus auf Qualität statt Quantität ihr Leben bereichert hat. Laut einer Greenpeace-Umfrage aus dem Jahr 2015 kaufte jede Person in Deutschland **durchschnittlich 60 Kleidungsstücke pro Jahr**, und so mancher ist überfrachtet von dem Krempel in seinen eigenen 4 Wänden. Unzählige Entrümpelungsvideos im Internet zeugen davon. Um das Thema Minimalismus und Nachhaltigkeit haben sich inzwischen allein im deutschsprachigen Raum hunderte von YouTube-Kanälen und Influencer gebildet.

Die Fehlannahme von der Entkopplung des Wachstums von den Umweltschäden

Oft wird behauptet, wirtschaftliches Wachstum könne vom Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung entkoppelt werden. In der Theorie klingt dies vielversprechend: Effizienzsteigerungen, Kreislaufwirtschaft und technologische Innovationen sollen es möglich machen, mehr Wohlstand mit weniger Rohstoffen zu schaffen. Doch in der Praxis hat sich gezeigt, dass solche Entkopplungseffekte nicht ausreichen, um den globalen Ressourcenverbrauch und die CO2-Emissionen nachhaltig zu senken. Der sogenannte "Rebound-Effekt" führt dazu, dass Einsparungen durch Effizienzsteigerungen oft durch insgesamt steigenden Konsum wieder aufgefressen werden.



Doku-Tipp
Minimalismus

Ein gutes Leben ohne Wachstumszwang

Wachstum ist kein Selbstzweck und sollte nicht länger als oberstes wirtschaftliches Ziel betrachtet werden. Entscheidend ist nicht, dass die Wirtschaft jährlich um eine bestimmte Rate wächst, sondern dass alle Menschen ein gutes Leben führen können, welches nicht auf Kosten der kommenden Generationen geht. Anstelle eines blind fortgesetzten Wachstums brauchen wir neue Konzepte, wie sie auf der Konferenz vorgestellt wurden. Weniger materieller Konsum, mehr regionale Wirtschaftskreisläufe, solidarische Strukturen und eine bewusste Reduktion von überflüssigen Produkten könnten dazu beitragen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Lebensqualität und Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen – und nicht ein ständig steigendes Bruttoinlandsprodukt.

**Wir kaufen
Ø jährlich**

**60
Kleidungs-
stücke**

Besuch im Europäischen Parlament



© Büro Manuela Ripa / Besuchergruppe ÖDP Weilheim-Schongau

Regelmäßig bekomme ich in Brüssel oder Straßburg Besuch von ÖDP-Kreisverbänden, Schulklassen oder einfach nur Gruppen interessierter Bürgerinnen und Bürger. Im Dezember war die Klassenstufe 12 des Von-der-Leyen-Gymnasiums aus Blieskastel (Saarland) auf meine Einladung hin im Europaparlament in Straßburg. Die Schülerinnen und Schüler konnten dabei unter anderem die Plenardebatte zum sehr aktuellen Thema „Schutz der europäischen Demokratie“ verfolgen. Ein Hauptthema war hierbei der Einfluss von Social-Media-Plattformen wie zum Beispiel TikTok auf nationale Wahlen. Im März dieses Jahres konnte ich gleich zwei ÖDP-Kreisverbände im Europaparlament in Brüssel begrüßen. Am 17. März die ÖDP Weilheim-Schongau, und am 24. März die ÖDP Starnberg. Gemeinsam sind wir in einen intensiven Dialog über wichtige politische Themen eingetaucht, und ich hatte die Gelegenheit, ihre Fragen zu beantworten. Neben dem spannenden Austausch gab es auch eine Besichtigung des Herzstücks des Europäischen Parlaments – des Plenarsaals. Vielen Dank an Markus Kunzendorf (ÖDP Weilheim-Schongau) sowie Martin Ballmann (ÖDP Starnberg) für die Organisation! Im Juni steht dann der Besuch der ÖDP Stuttgart an. Anfang April waren Bürgerinnen und Bürger aus dem Saarbrücker Stadtteil Kirschheck zu Besuch in Straßburg. Als der-

zeit einzige Europaabgeordnete aus dem Saarland kommen viele Menschen aus dem kleinsten Flächenbundesland auf mich zu, wodurch auch die ÖDP eine erhöhte Aufmerksamkeit genießt. Aber egal, aus welchen Kontexten jene Menschen stammen, die mich besuchen: Der stets bereichernde Austausch bestärkt mich immer wieder darin, wie wichtig es ist, den Dialog zu suchen und die Demokratie erlebbar zu machen. Ich freue mich jedoch immer ganz besonders über den Besuch von ÖDP-Gruppen und ermutige jeden Kreisverband, eine Reise zu organisieren.

Falls Ihr an einem solchen Besuch interessiert seid, könnt Ihr gerne Kontakt mit meinem Büro aufnehmen. Schreibt mich bitte dazu auf meiner E-Mail-Adresse manuela.ripa@europarl.europa.eu an. Bei unbezuschussten Gruppen sind wir deutlich freier bei der Planung, da für bezuschusste Gruppen jährlich nur ein begrenztes Kontingent zur Verfügung steht. Die Bezuschussung deckt aber nicht alle Kosten, das gilt vor allem für die Übernachtung, da dafür (derzeit) 66 Euro pro Person erstattet werden, was unter den üblichen Kosten liegt. Da bezuschusste Besuche sehr nachgefragt sind, bitten wir Euch, möglichst frühzeitig bei uns anzufragen. In diesem Sinne: Hoffentlich auf bald, in Brüssel oder Straßburg!

Große Mehrheit für Tierschutz in Europa!

Meilenstein im Kampf gegen illegalen Handel und Tierquälerei: Umweltausschuss stimmt für Ripa-Bericht zum Schutz von Hunden und Katzen

Kranke, unterernährte, misshandelte, viel zu junge Tiere - im Kampf gegen illegalen Tierhandel berichten Zöllner und Tierschützer täglich Erschreckendes. Die Berichte über das große Leid, dessen Spur sich oft durch mehrere Länder zieht, haben auch die EU-Institutionen in Brüssel erreicht. Ende 2023 hatte die EU-Kommission daher einen Gesetzentwurf über das „Wohlergehen von Hunden und Katzen“ auf den Weg gebracht. Es geht um Missstände in einer äußerst gewinnträchtigen Branche: 1,3 Milliarden Euro werden in Europa jährlich mit dem Verkauf von Katzen und Hunden umgesetzt. In dem Gesetzprozess ist nun ein wichtiger Etappensieg für den Tierschutz gelungen: Am 8. April 2025 hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments mit einer breiten Mehrheit von 67 Ja-Stimmen bei nur 9 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für den Bericht zum Wohlergehen von Hunden und Katzen der ÖDP-Abgeordneten Manuela Ripa gestimmt. Der Text verändert den Kommissionsvorschlag und geht in Sachen Tierwohl weit über diesen hinaus. „In monatelangen Verhandlungen konnte ich alle proeuropäischen Fraktionen im Ausschuss hinter der Position versammeln“, berichtet Ripa nach

Ende der intensiven Gespräche. Die Vorschläge werden nun dem Agrarausschuss des Parlaments vorgelegt; im Sommer stimmt dann das Parlamentsplenum ab.

Starke Maßnahmen gegen den illegalen Welpenhandel

Klar ist bereits jetzt: Zum ersten Mal überhaupt gibt sich die EU ein Gesetz, das einheitliche Tierschutzstandards für Hunde und Katzen in allen 27 Mitgliedsstaaten vorsieht. Um den illegalen Tierhandel und die Verbreitung von Tierkrankheiten zu bekämpfen sowie die verantwortungsvolle Haltung zu stärken, will der Umweltausschuss als zentralen Bestandteil eine weit reichende Chip- und Registrierungs-Pflicht für Katzen und Hunde einführen. In der ersten Phase der Umsetzung sollen alle Hunde und Katzen gechippt werden, die in der EU auf den Markt kommen. Ab der zweiten Phase gilt die Regelung dann allgemein für Tiere in Privathaushalten.

Eine solche allgemeine Chippflicht sei dringend nötig, unterstreicht



die Organisation Vier Pfoten: „Skrupellose Händler und Züchter tarnen sich oft als Privatleute.“

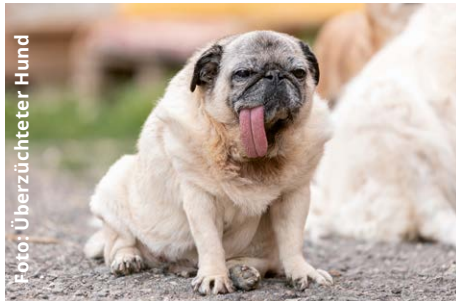
Onlinehandel: Unregulierte Grauzonen sorgen für Gefahren

60 Prozent aller Tierkäufer in Europa erwerben inzwischen ihr Tier über das Internet. Vielen sind die Hintergründe gar nicht bewusst: „In vielen der Anzeigen auf diesen Plattformen werden Tiere angeboten, die nicht von verantwortungsbewussten Züchtern, sondern von mutmaßlich illegalen Züchtern oder Heimtierläden stammen“, warnt die EU-Kommission mit Blick auf unregulierte Grauzonen. Der Bericht von Manuela Ripa sieht vor, dass sich künf-

tig die Verkäufer mitsamt gechipptem Tier in Datenbanken registrieren, die europaweit miteinander verbunden sind und von den Behörden überwacht werden. Tiere aus Nicht-EU-Ländern werden spätestens bei Einreise in die EU erfasst. Im Moment sind etwa 80 Prozent der online angebotenen Hunde unbekannter Herkunft, wie die europäische Tierärzte-Vereinigung FVE warnt.



Züchter unter schärferer Aufsicht!



sene Zuchtpraktiken. „Wir setzen uns klar gegen Qualzucht ein“, unterstreicht Ripa. „Es muss ein Ende haben, dass Tiere so gezüchtet werden, dass sie ihr Leben lang leiden!“

Tierheime: Mehr Unterstützung gefordert

Tierheime in Europa sollen nicht nur Tierschutzvorgaben unterliegen, sondern vor allem auch mehr Unterstützung erhalten. Die Abgeordneten fordern mehr Geld für sie, etwa für Kastrationsprogramme für Streuner, einem wichtigen Bestandteil des präventiven Tierschutzes.

„Tierheime leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Tierschutz, und es ist an der Zeit, dass auch die öffentliche Hand ihre Rolle stärker wahrnimmt, um sie zu unterstützen“, sagt Ripa.

Verkauf von Katzen und Hunden in Zoohandlungen: Ende in Sicht

Katzen- und Hundebabys ohne ihre Mütter im Kunstlicht hinter Glas - solche Bilder sollen bald endgültig der Vergangenheit angehören. Der Verkauf von Hunden und Katzen in Zoogeschäften, der in zwölf EU-Ländern schon heute nicht mehr erlaubt ist, soll laut dem Bericht des Umweltausschusses europaweit verboten werden. Nicht nur sind die angebotenen Tiere häufig zu jung, ihre Boxen zu eng. Die Abgeordneten wollen auch verhindern, dass Kunden aus einem Impuls heraus ein Tier erwerben, anstatt sich diesen Kauf gut zu überlegen.

Wildtierhandel im Visier

Bei alledem ist klar: Nicht nur Hunde und Katzen werden in Europa als Haustiere gehalten. In den Haushalten der Europäer finden sich „Tausende verschiedene Arten, von denen jede ihre eigenen besonderen biologischen und Verhaltensbedürfnisse hat“, unterstreicht der Umweltausschuss

gleich zum Anfang seiner Stellungnahme. Aus diesem Grund legen die Abgeordneten ein Fundament für die Einführung einer sogenannten Positivliste auf EU-Ebene. Kommt eine solche Liste zustande, könnten nur noch aufgelistete Tiere gehalten werden. Vor allem das Geschäft mit exotischen Wildtieren würde dies betreffen. Der Ausschuss ruft die EU-Kommission auf, eine Folgenabschätzung vorzunehmen und - sollte sie entsprechend ausfallen - innerhalb von fünf Jahren eine Positivliste zu erstellen.

„Der Weg hin zu einem umfassenden Tierschutz in Europa ist noch lang“, sagt Ripa. „Deshalb werden wir weiter Druck in den europäischen Gremien machen.“ Umfragen stimmen dem zu: 74 Prozent der Europäer wollen einen besseren Schutz für Haustiere, so ein Eurobarometer von 2023. Und auch mehrere Nicht-EU-Länder, darunter Großbritannien und die Schweiz, haben jüngst entsprechende Gesetze beschlossen.





Lebensmittelsicherheit

Die Reduktion des Pestizideinsatzes ist eine der großen Herausforderungen der modernen Landwirtschaft. Bei einer Veranstaltung im Europäischen Parlament, organisiert durch die Europa-Abgeordnete Manuela Ripa und Dario Nardella (S&D), präsentierten Wissenschaftler alarmierende Ergebnisse zur Verbreitung von Pestizidrückständen in Umwelt und menschlichen Körpern. Gleichzeitig stellten sie vielversprechende Alternativen vor, um eine nachhaltige Landwirtschaft zu ermöglichen.

Pestizidrückstände überall nachweisbar

Eine umfassende Studie unter Leitung von Violette Geissen (Universität Wageningen) zeigte, dass Pestizidrückstände in fast allen untersuchten Umwelt- und Humanproben

nachweisbar waren. An zehn europäischen Fallstudienstandorten wurden rund 1.800 Umwelt- und 4.000 menschliche Proben untersucht. Dabei wiesen fast alle Proben Mischungen verschiedener Pestizide auf, die in ihrer Gesamtheit toxische Wirkungen haben können. Besonders besorgniserregend: Viele dieser Substanzen fanden sich auch in Hausstaub und Urinproben von Menschen.



Symbolbild gespritztes Gemüse

Gefahr durch Pestizide: Wissenschaftler fordern strengere Regulierung und nachhaltige Alternativen

Risiken für Umwelt und Gesundheit

Laut der Studie sind 70 bis 80 Prozent der nachgewiesenen Pestizide mäßig giftig ("moderately toxic") und stehen im Verdacht, langfristige Gesundheitsschäden zu verursachen. Insbesondere Mischungen aus mehreren Pestiziden könnten deutlich stärkere Auswirkungen haben als einzelne Substanzen. Neurotoxische Effekte und Störungen des Hormonsystems wurden bereits in Tierversuchen nachgewiesen. Die Forscher fordern daher, dass die Risikobewertung der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) verbessert werden muss. Statt einzelne Stoffe zu prüfen, sollten Mischungseffekte und Langzeitfolgen berücksichtigt werden.

Parkinson bei Landwirten als Berufskrankheit anerkannt



Im Jahr 2024 wurde Parkinson in Deutschland als Berufskrankheit für Landwirte anerkannt, die regelmäßig mit Pestiziden gearbeitet haben. Wissenschaftliche Studien belegen, dass der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln das Risiko, an Parkinson zu erkranken, deutlich erhöht. Die Sozialver-

sicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) prüft derzeit über 8.000 Verdachtsfälle. Betroffene Landwirte können dadurch Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung beantragen.

Pestizidreduktion ist wirtschaftlich machbar

Ein weiteres zentrales Thema war die wirtschaftliche Machbarkeit der Pestizidreduktion. Der Agrarwissenschaftler Romain Nandillon stellte Daten aus dem französischen DEPHY-Farmnetzwerk vor, in dem über 2.000 landwirtschaftliche Betriebe an einer Pestizidreduktion arbeiten. In einem Zeitraum von 9,2 Jahren konnte der Pestizideinsatz durchschnittlich um 18 % gesenkt werden, ohne dass Landwirte massive wirtschaftliche Verluste hinnehmen mussten. Zwar sank das Bruttoeinkommen um 5 % (57 €/ha), jedoch wurden gleichzeitig die Kosten für Pestizide und Dünger reduziert. Das bedeutete, dass das Nettoeinkommen der Landwirte stabil blieb.

Biologische Alternativen als Lösung

Gil Luybaert von der Industrievereinigung IBMA stellte innovative Methoden zur biologischen Schädlingsbekämpfung (Biocontrol) vor. Dabei werden natürliche Feinde von Schädlingen, wie Mikroorganismen oder Raubinsekten, gezielt zur Bekämpfung eingesetzt. Besonders erfolgreich sind bereits virusbasierte Pflanzenschutzmittel, die in der EU zugelassen wurden und vielversprechende Ergebnisse zeigen.

Forderungen der Wissenschaftler

Die Forscher fordern von der Politik umfassende Maßnahmen zur Regulierung des Pestizideinsatzes:

- 🔊 **Strengere Risikobewertungen**, die nicht nur Einzelstoffe, sondern auch Mischungstoxizität berücksichtigen
- 🔊 **EU-weites Human-Biomonitoring**, um Belastungsschwerpunkte zu identifizieren
- 🔊 **Subventionen für nachhaltige Landwirtschaft**, um den Übergang zu biobasierten Methoden zu erleichtern
- 🔊 **Zielgerichtete Reduktion von Hochrisikopestiziden**



Manuela Ripa fordert entschlossenes Handeln

Die Europaabgeordnete Manuela Ripa betonte in ihrer Rede die Notwendigkeit eines schnellen politischen Handelns:

„Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Pestizide schaden nicht nur der Umwelt, sondern auch unserer Gesundheit. Es ist unsere Pflicht als Gesetzgeber, für strengere Regularien und einen echten Wandel in der Landwirtschaft zu sorgen.“ Sie sprach sich klar für eine verstärkte Förderung agroökologischer Methoden und eine sofortige Reduzierung besonders gefährlicher Pestizide aus. Zudem fordert sie eine bessere Kennzeichnungspflicht für Verbraucher, damit diese informierte Entscheidungen treffen können.



Politische Lösungsansätze

Um den Einsatz von Pestiziden langfristig zu reduzieren und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, diskutierten die Experten und Politiker mehrere Lösungsansätze:

Einführung eines EU-weiten Pestizidsteuersystems, das umweltschädlichere Pestizide stärker belastet und nachhaltige Alternativen attraktiver macht.

Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich biologischer Schädlingsbekämpfung und widerstandsfähigerer Kulturpflanzen.

Erweiterung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), um Landwirte finanziell beim Umstieg auf pestizidarme Anbaumethoden zu unterstützen.

Striktere Zulassungsverfahren für neue Pflanzenschutzmittel, die stärkere Umwelt- und Gesundheitsprüfungen beinhalten.

Sensibilisierungskampagnen für Verbraucher, um die Nachfrage nach pestizidfreien Produkten zu steigern.



Ein nachhaltiger Wandel ist notwendig

Die Veranstaltung im Europäischen Parlament zeigte eindrucksvoll, dass Pestizide eine reale Gefahr für Umwelt und Gesundheit darstellen. Gleichzeitig wurden Lösungen präsentiert, die eine umweltfreundlichere und wirtschaftlich tragfähige Land-

wirtschaft ermöglichen. Jetzt liegt es an der Politik und an den Institutionen auf verschiedenen Ebenen, insbesondere auch der EU-Kommission, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Agrarwende zu schaffen.



Ernährung und Krebsprävention

Den diesjährigen Weltkrebstag nahmen Manuela Ripa und ihre Kolleginnen Biljana Borzan (S&D) und Tilly Metz (Grüne/EFA) zum Anlass, im Europaparlament eine Diskussionsrunde zu einem sehr dringlichen Thema zu organisieren:

„Ernährung als Prävention: Wie eine gesündere Ernährung Herz-Kreislauf-Erkrankungen, AMR, Diabetes und Krebs vorbeugen kann“.

In ihrer Eröffnungsrede machte die ÖDP-Europaabgeordnete Ripa deutlich: Ungesunde Ernährung kann zu einer Vielzahl von Krankheiten führen, die auch eine Belastung für die öffentliche Gesundheit und das Gesundheitssystem bedeuten. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes und antimikrobielle Resistenz (AMR) sind in vielen Fällen durch einen gesunden Lebensstil vermeidbar. Begleitend müssen auch die richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden, die einen präventiven Gesundheitsansatz ermöglichen.

Manuela Ripa plädierte dafür, dass endlich konkrete und greifbare politische Maßnahmen umgesetzt werden, damit gesunde Ernährung nicht länger ein Privileg ist, sondern zu einer Selbstverständlichkeit für alle wird. Das große Interesse an der Veranstaltung zeigte: Die Themen Ernährung und Prävention sind endlich in den Fokus der europäischen Gesundheitspolitik gerückt.



Links: Biljana Borzan (S&D),
Mitte: Milka Sokolović, Director General
at European Public Health Alliance (EPHA)

Stimmen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

- 🔑 **Klare und verständliche Lebensmittelkennzeichnung**, um Verbraucher/innen zu ermöglichen, informierte Kaufentscheidungen zu treffen
- 🔑 **In Schulen, Kindertagesstätten und Kantinen** muss gesunde Ernährung selbstverständlich sein. Öffentliche Auftragsvergabe soll gezielt gesunde, nachhaltige Lebensmittel fördern
- 🔑 **Finanzielle Anreize für gesunde Ernährung:** Gesunde Lebensmittel günstiger machen, z.B. durch reduzierte Mehrwertsteuer - ungesunde Produkte dagegen verteuern, um bewusste Entscheidungen zu erleichtern
- 🔑 **Schutz von Kindern** durch strikte Regeln für Werbung ungesunder Lebensmittel
- 🔑 **Umsetzung des One-Health-Ansatzes**, der Umwelt, Ernährungssysteme und menschliche Gesundheit zusammendenkt



Für die Veranstaltung konnten namhafte Expertinnen und Experten der WHO, der Generaldirektion Gesundheit der EU-Kommission (DG SANTE) sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, NGOs und Zivilgesellschaft gewonnen werden. Die WHO stellte klar, dass antimikrobielle Resistenzen (AMR) weltweit jährlich 1,3 Millionen Todesopfer fordern – und dass strukturelle Lösungen erforderlich sind: bessere Regierungsführung, sektorübergreifende Kommunikation und gesetzgeberische Maßnahmen.

Das European Heart Network erinnerte daran, dass in der EU jährlich 1,7 Millionen Menschen an Herz-Kreislauf-Erkrankungen sterben. Die meisten Todesfälle seien vermeidbar – durch eine entschlossene Ernährungspolitik, die pflanzliche Ernährung fördere und den Salzkonsum reduziere. Auch das Pesticide Action Network (PAN Niederlande) forderte einen Kurswechsel: In einer Welt, die gesunde Ernährung oft unmöglich mache, brauche es gesetzliche Vorgaben, finanzielle Anreize und eine EU-

weite Lebensmittelkennzeichnung. Ihre Forderung: „Gesunde Ernährung gehört auf die politische Agenda – europaweit“. Die Wirtschaft zeigte sich offen für Veränderungen. EuroCommerce erläuterte seine Initiativen zur Reformulierung von Produkten, insbesondere bei Handelsmarken, und zur besseren Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Eine von der NGO Fern vorgestellte Studie zu Fertiggerichten deckte gravierende Missstände auf: zu viel Salz, zu viel Fleisch, zu wenig Nachhaltigkeit – ein Spiegelbild einer unausgewogenen Ernährungspolitik.

Ein Impuls für ganz Europa

Der Zuspruch, die engagierte Diskussion und die vielen Rückmeldungen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zeigten: Es ist Zeit zu handeln. Die Veranstaltung war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer neuen Ernährungspolitik in Europa – mit mehr Gerechtigkeit, mehr Gesundheit und mehr Verantwortung.

„Ökologia 2025“ – Eine Auszeichnung, die verpflichtet



Im März dieses Jahres wurde Manuela Ripa von der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. zur „Ökologia 2025“ berufen. „Diese Auszeichnung erfüllt mich mit großer Freude – und mit dem Willen, mein Engagement für Umwelt-, Arten-, Tier- und Verbraucherschutz mit noch mehr Kraft fortzusetzen“, sagte Ripa. Sie sieht in dem Preis eine Bestätigung ihrer bisherigen Arbeit und eine Verpflichtung zugleich. Seit dem Jahr 2001 hat die Stiftung 24 Frauen für ihre ökologische Kompetenz und Ausstrahlung ausgezeichnet, etwa die damalige Umweltministerin von Baden-Württemberg, Tanja Gönner, oder die BUND-Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrnt. Nun durfte die ÖDP-Europaabgeordnete Ripa die besondere Aufgabe übernehmen. Sie freut sich darauf, den Auftrag in der aktuellen Legislaturperiode mit Leben zu füllen. Die „Ökologia“ soll auf sympathische Weise für ökologische Themen werben und Menschen für eine nachhaltige Zukunft begeistern. Die Amtsübergabe fand im Europäischen Parlament in Straßburg statt. Ripa tritt die Nachfolge von Stefanie Seiler, Oberbürgermeisterin von Speyer, an, die als „Ökologia 2024“ wertvolle Impulse für Klimaschutz und Energiewende gesetzt hatte – unter anderem auf Fachmesen und Netzwerktreffen der Stiftung.

Ökologie ist eine zentrale Zukunftsaufgabe

Als Europaabgeordnete setzt sich Manuela Ripa seit vielen Jahren mit Überzeugung dafür ein, dass ökologische Themen nicht als Randthemen, sondern als zentrale politische Herausforderungen unserer Zeit behandelt werden. Ob Klimakrise, Biodiversitätsverlust, Tierschutz oder eine sozial gerechte Energiewende – all diese Themen müssen mutig und gemeinsam angegangen werden. Dabei ist es ihr besonders wichtig, parteiübergreifend zu arbeiten und nachhaltige Lösungen aktiv mitzugestalten. Nur gemeinsam kann sichergestellt werden, dass die kommenden Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden.

Ansporn für noch mehr Engagement

Diese Auszeichnung ist für Ripa nicht nur eine große Ehre, sondern auch ein Ansporn: Als „Ökologia 2025“ möchte sie dazu beitragen, noch mehr Menschen für Umwelt- und Klimaschutz zu begeistern. Sie dankt der Stiftung für ihr Vertrauen – und freut sich auf die gemeinsame Arbeit für eine nachhaltige Zukunft in Europa.

Eine neue Vision für Europas Hochschulen

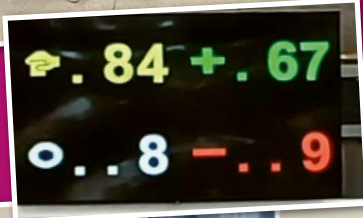
Im Europäischen Parlament begleitet Manuela Ripa als Schattenberichterstatterin im Kulturausschuss für ihre Fraktion den Initiativbericht „Eine neue Vision für europäische Hochschulallianzen“. Dieser Bericht ist ein wichtiger Schritt, um die Zukunft des Europäischen Hochschulraums zu gestalten und die Europäischen Hochschulallianzen langfristig zu stärken. Diese Allianzen sind eine echte europäische Erfolgsgeschichte.

Sie fördern grenzüberschreitende Zusammenarbeit, exzellente Lehre, innovative Forschung und eine gemeinsame europäische Identität. Ihr langfristiger Erfolg hängt jedoch davon ab, dass zentrale Herausforderungen angegangen werden: nachhaltige Finanzierung, Abbau administrativer Hürden und eine stärkere Verzahnung von Bildung, Forschung und Beschäftigungsfähigkeit. Die Abgeordnete setzt sich insbesondere für einen geeigneten Rechtsrahmen ein, der die Zusammenarbeit erleichtert, sowie für mehr Planungssicherheit durch eine kombinierte Finanzierung aus EU-, nationalen und privaten Mitteln.

Auch ein europäischer Studienabschluss (EU Degree) kann ein starkes Signal sein – vorausgesetzt, er schafft einen echten Mehrwert ohne zusätzliche Bürokratie oder Eingriffe in die Autonomie der Hochschulen. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Einbindung von Partnerhochschulen aus Drittstaaten, insbesondere aus den EU-Beitrittskandidaten. Denn europäische Bildung endet nicht an den Grenzen der EU. Der Bericht bietet die Chance, europäische Werte in der Bildung zu stärken und die Allianzen als langfristige Kooperationsmodelle zu etablieren.

Gleichzeitig können sie ein attraktives Angebot für Forschende aus aller Welt sein – insbesondere für jene, die in Ländern wie den USA zunehmend mit Einschränkungen der akademischen Freiheit oder unsicheren Arbeitsbedingungen konfrontiert sind. Europa kann und muss ein sicherer Hafen für Wissenschaft und Innovation bleiben. Die Abgeordnete freut sich, als Schattenberichterstatterin aktiv an dieser Zukunft mitzuarbeiten – für ein starkes, vernetztes und werteorientiertes Europa.





Sie wollen Ihre Meinung mit mir teilen oder mit mir über politische Themen sprechen? Kontaktieren Sie mich gerne!



Impressum

Inhalt & Redaktion: Manuela Ripa
Der Druck erfolgte auf 100 % Recyclingpapier.
Es handelt sich bei diesem Heft um eine nicht verkäufliche Gratispublikation.



In Brüssel:

Europäisches Parlament
ASP 07F353
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: + 32/ 228 457 39
manuela.ripa@ep.europa.eu

In Straßburg:

Europäisches Parlament
Bât. LOUISE WEISS T06061
1, avenue du Président Robert Schuman
CS 91024
F-67070 Strasbourg Cedex
Tel.: +33/ 3 88 1 75739

In Saarbrücken:

Europa Bürgerbüro
Im Rosengarten 3, 66130 Saarbrücken
Tel.: 06 81/ 590 998 31
europabuero@manuela-ripa.eu

Kontakt Manuela Ripa:

- www.manuela-ripa.eu
- Facebook: @ripamanuela
- Instagram: @manuela.ripa
- Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
- Mastodon: @manuelaripa
- LinkedIn: manuela-ripa-726437343
- Youtube: @ManuelaRipa_MdEP



Ökologisch-Demokratische Partei

Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.